

Bundesweite Konferenz für öffentliches Eigentum - 1. und 2. November 2008 in Braunschweig

Gerlinde Schermer

PPP ist die gesetzlich geschützte Form Deutschland zu ruinieren
Das Gebot der Stunde lautet deshalb: PPP STOPPEN

A. Einleitende Bemerkungen

Viele Kritiker von PPP glauben, die aktuelle Finanzkrise mache den Kampf gegen PPP leichter. Schon in den nächsten Tagen werden wir erleben: Das Gegenteil ist richtig.

Die treibenden Kräfte in Bundesregierung und Bundestag werden sich die Chance, PPP als Allheilmittel für den Schutz vor Pleiten in der Bauwirtschaft und bei den Banken zu empfehlen, nicht entgehen lassen.

Und in der Tat - Regierung und Regierungskoalition stehen unter Zugzwang.

Sie haben das Vergaberecht geändert, das Investmentgesetz, das Haushaltsrecht, das Steuerrecht um PPP voranzubringen und sie haben sogar eine eigens dafür erfundene Gesellschaft gegründet, die Partnerschaft Deutschland AG. Aber, was an PPP schon bei seiner Erfindung falsch und ruinös war, wird durch die aktuelle Krise nicht geheilt. Im Gegenteil. Die deutschen Kommunen, dieses stabile Fundament unserer demokratischen Ordnung, geraten durch PPP in die Position der amerikanischen Häuslebauer und Häusleköufer. Erst fließen die Kredite, dann kommt die Jahrzehnte währende Zinsgefängenschaft, die wachsende öffentliche Verschuldung und schließlich die Erosion des Gemeinwesens, weil die durch PPP betonierte Kommunalpolitik auf dreißig Jahre zum Stillstand zwingt.

Das Regime der internationalen Finanzmärkte zerstört die soziale Marktwirtschaft. Dieser Prozeß zerstört die Demokratie, also eine gesellschaftliche Ordnung, in der Entscheidungen so getroffen werden, daß die Interessen der Mehrheit bei den Entscheidungen berücksichtigt werden - mit dramatischen Folgen für die Bürgerinnen und Bürger.

Im Folgenden werde ich Ihnen, meine Damen und Herren, eine Skizze liefern dessen, was PPP heute so verführerisch schön machen soll. Man muss schließlich wissen, womit die Bürgerinnen und Bürger und somit unsere Kommunalpolitikerinnen

und Kommunalpolitiker über den Tisch gezogen werden sollen.

Bisher wurde von Politikern aller Farben in Bund und Kommunen unter der Überschrift "Haushaltskonsolidierung" der Weg für den Einstieg von Privaten Firmen in bis dato ohne Gewinnmaximierung auskommende Bereiche der Daseinsvorsorge frei gemacht.

Strategisch geschickt, wird dabei von den Profiteuren der PPP jeweils das Interesse der Bürgerinnen und Bürger an der Behebung von Mißständen in den Vordergrund gerückt und darauf dann die Botschaft aufgebaut, man habe mit PPP eine Lösung.

Für die Sanierung von Schulen beziffern die Beraterinnen und Berater einen ganz konkreten Betrag als "Sanierungstau". Auf Einzelheiten kommt dabei nicht an. Ergebnisse von scheinbaren "Wirtschaftlichkeitsvergleichen" und "Leistungsbeschreibungen" und "Verteilung von Risiken" belegen die "Empfehlung" für PPP! Politiker werden zu Erfüllungsgehilfen des Finanzkapitals und der großen Baukonzerne. Einzelne politische Vertreter werden im Rahmen von "Lenkungsgruppen", in regelmäßigen interfraktionellen Sitzungen mit sogenanntem Herrschaftswissen gefüttert und für PPP fit gemacht! Die Verträge sehen sie gar nicht oder nicht vollständig - sie verlassen sich auf, s Beraterwort! Ihre persönliche Karriere erhält dadurch keine Kratzer!

Wer Millionen öffentliches Geld für Banker hat und nicht für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen durch die Kommune durch ganz normale Auftragsvergabe zur Sanierung von Schulen und Kindergärten, von Wasserversorgung und Krankenhäusern, offenbart sich als Lügner!

Es geht darum wer heute den Auftrag der Kommune bekommt, der kommunale Handwerker

vor Ort, der auch Steuern zahlt, oder der Großkonzern, der über clevere Banker und Zweckgesellschaften den Anspruch auf das Auftragsvolumen von 10-40 Jahren über

B: Sonder PPP- Gesetze

Die PPP- Verschönerung ist clever. Wo es geht, wurden Gesetze gemacht, um PPP überall voran zu bringen und den Privaten die Rendite aus leeren Staatskassen für Jahrzehnte gesetzlich zu garantieren:

I. Änderungen im Gebührenrecht:

Fernstraßenbauprivatfinanzierungsgesetz (FstrPrivFinG §3 Absatz 4)

Renditegarantie: " danach gilt als angemessene kalkulatorische Verzinsung des vom Privaten eingesetzten Eigenkapitals die durchschnittliche Rendite zehnjähriger deutscher Bundesanleihen in einem Zeitraum von 20 Jahren, die der jeweiligen Kalkulationsperiode vorausgehen, zuzüglich eines dem jeweiligen unternehmerischen Risiko angemessenen Risikozuschlages. Der Risikozuschlag darf nicht zu einer unverhältnismäßigen Verzinsung des eingesetzten Eigenkapitals führen. Es ist klarzustellen, dass für die angemessenen Verzinsung des Eigenkapitals einschließlich (meint zuzüglich) eines angemessenen Risikozuschlages eine Betrachtung über den gesamten Konzessionszeitraum möglich sein soll, um Unsicherheiten für den privaten Betreiber zu vermeiden."

Diese Wunderbare Formel findet sich auch bei der Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe (ein PPP - Modell von 1999) . Das Berliner Verfassungsgericht erklärte 1999 den Zuschlag auf die "angemessene" Rendite von plus 2% verfassungswidrig und damit nichtig. Die verfassungswidrig hohe Rendite, wird zudem nicht auf das Kapital berechnet, was die Investoren eingebracht haben, sondern auf das berufsnotwendige Kapital des Betriebes- also eine betrachtungsabhängige, im Ergebnis immer wachsende Bemessungsgrundlage für die Rendite. Diese steigende Rendite wird in Berlin jährlich gezahlt, weil in privatrechtlichen Verträgen diese auf die Laufzeit des Vertrages- 30 Jahre - den Konzernen RWE und VEOLIA vom Land Berlin zugesichert wurde. Die Wasserpreise für die Bürger sind nach der Privatisierung bis heute um 30% gestiegen!

Diese wunderbare Formel findet sich auch abgewandelt in allen PPP Verträgen, geht es um Sanierung von Schulen oder Krankenhäusern um Abwasser oder Gefängnis. Egal! Variable ist höchstens die Begründung für die Risikozuschlagsrendite. Der Staat als Milchkuh mit

Forderungsverbriefung (ABS) am Kapitalmarkt weiterverkaufen kann, um seine Bilanzen heute aufzuhübschen und Kasse zu machen!

30 Jahren Lebensgarantie für Baukonzerne und Finanzkonzerne, denn nur Rendite treibt diese apokalyptischen Reiter an. Die Bürger sind egal! Und der Kapitalmarkt braucht Futter!

II. Vergaberecht

Das Vergaberecht wurde massiv verändert um PPP voranzubringen u.a. wurde der Verzicht auf gesetzliche Eigenleistungsquoten durch den Auftragnehmer durch Änderung von §8 Nr.2 Abs.1, Abs.3 VOB/A bzw. §7 Nr.2 Abs.1, §4 Nr. 8 Abs.1 Verdingungsordnung für Leistungen/Teil A (VOL/A) eingeführt.

Das bedeutet, der Konzern, der den Zuschlag erhält, muß die Leistung nicht erbringen, nicht mal eine Mindestquote!

III. Investmentgesetz

Folgendes wurde da beschlossen:

Die Beimischung von ÖPP - Projektgesellschaften (in der Betreiberphase) von bis zu 20 Prozent in Portfolios offener Immobilienfonds durch Änderung des §67 Abs.1 Nr.2 und 3 Investmentgesetz und Bildung eines neuen Fondstyps "Infrastrukturfonds" im Investmentgesetz

Einbeziehung des Nießbrauchsrechts an Grundstücken durch Änderung des §67 Abs.1 Nr.4 Investmentgesetz

Nun sind wir also beim direkten Füttern der Kapitalmärkte angekommen:

"PPP Fund- Punktlandung bei institutionellen Zielfonds" so berichtet der Insider -Report des freien Kapitalmarktes für Anlagenberater, Banken, Initiatoren und Anleger: Der Privilege Private Partners Fund investiert aktuell in institutionelle Zielfonds.**Infrastruktur Europa**. Institutionell bedeutet dabei, dass diese Fonds nur über hohe Einstiegshürden im Millionenbereich zugänglich sind, und in der Regel nur wenige institutionelle Investoren aufgenommen werden. Diese Hürden habe PPP Fund erfolgreich genommen, so daß dessen Anleger nun zusammen mit global agierenden Versicherungen und Pensionsfonds am Tische sitzen."

Das Manager Magazin berichtet im April 2008: "Die Bundesregierung bringt Investmentfonds für öffentlich - private Infrastrukturprojekte auf den Weg. Ein neuer Wachstumsmarkt für Privatanleger soll entstehen.

Dank einer stetig wachsenden Nachfrage, meist langfristigen Verträgen, staatlich regulierten Preisen und geringem Wettbewerb könnten die Betreiber von Infrastrukturprojekten mit stabilen Erträgen rechnen. Wer sich an diesen Geschäften mit der öffentlichen Daseinsvorsorge beteiligt, habe sein Geld also fast so sicher angelegt wie in einer Anleihe, nur mit weitaus höheren Aussichten auf Gewinn."

IV. Haushaltsrecht

Beschlossen wurde unter anderem: Die Abmilderung des Veräußerungsverbot in §63 Abs.2 Bundeshaushaltsordnung, wonach Vermögensgegenstände nur veräußert werden

dürfen, wenn sie zur Erfüllung der Aufgaben des Bundes in absehbarer Zeit nicht benötigt werden.

V. Steuerrecht

Ausweitung von §3 Abs.1 Nr.1 Satz1 Grundsteuergesetz auf PPP, nachdem Grundbesitz der von einer inländischen Person des öffentlichen Rechts für einen öffentlichen Dienst oder Gebrauch benutzt wird, von der Grundsteuer befreit ist. Befreiung von der Grunderwerbssteuer für an PPP-Projektgesellschaften übertragene Grundstücke solange sie für hoheitliche Zwecke genutzt und sofern eine Rückübertragung des Grundstücks an die öffentliche Hand innerhalb eines bestimmten Zeitraumes vorgesehen wird.

C: Auswirkungen

I. Steuersenkung ruiniert die Kommunen

Die öffentlichen Haushalte wurden nach dem jahrelangen Trommelfeuer - Steuersenkung schaffe Arbeitsplätze - durch massive gesetzliche Steuersenkungsgesetze für Großkonzerne und Vermögende leer gemacht und damit ein Verfall der öffentlichen Infrastruktur vorangetrieben, die bei immer mehr Menschen auf Kritik stößt - zu Recht!

II. Die Renditegarantie über Jahrzehnte bei PPP und die Infrastrukturfonds der Bundesregierung fördern die Spekulation

Heute treten die Stategen des Kapitals auf den Plan, um in allen für die Menschen wichtigen Bereichen, die staatlich - ohne Gewinnerzielungsabsicht- von der Kommune organisiert werden - Kindergärten, Schulen, Altersheime, Krankenhäuser, Sportstätten, Gefängnissen, Verkehr, Wasserver- und entsorgung, Abfallentsorgung - nun Ihre Dienste anzubieten, um angeblich die Misere zu beseitigen - natürlich ohne die Gewinngarantie für die Privaten, die sie dafür von der Kommune einfordern auch nur mit einem Wort zu erwähnen - oder gar deren Höhe den Bürgern zu benennen. Die Bürger müssen diese Gewinn-Garantie aber immer wieder neu mit Ihren Gebühren bezahlen! Gibt es Kritik an der öffentlichen Dienstleistung kommt es nicht selten zu neuen Nachschlagsforderungen der Privaten, denn wer bestellt muss zahlen! Beispiele dafür gibt es bei vielen PPP Projekten! Geld für die Infrastruktur muss vom Staat direkt an die Kommune vergeben werden und nicht überteuert über die Spekulationsblase.

III. Die PPP-Apologeten sitzen an der Regierung

2005 wurden PPP- Gesetze im Bundestag verabschiedet, die die Berater selbst geschrieben hatten. Parteikanäle wurden ausgiebig genutzt, um

PPP - Projekte in den Kommunen voranzubringen. Öffentliche Gelder wurden Beratern in den Rachen gestopft. Mancher Posten wurde für die PPP Befürworter geschaffen!

In der öffentlichen Verwaltung wurden Abteilungen mit kriegerischem Begriff - PPP- Task -Force- errichtet, die nur einen Zweck verfolgen, den Kommunen langfristige PPP 25-40 Jahresverträge schmackhaft zu machen, um Bauaufträge für die Industrie zu initiieren und die Verschuldung, die nun für die Kommune dennoch entsteht im Haushalt trickreich zu verschleiern. Die Kredite, die der Private Konzernbetrieb aufnehmen muss, um die vertraglich festgelegte Dienstleistung zu erbringen wird im Haushalt der Kommune nicht als Verschuldung ehrlich abgebildet, muß aber am Ende doch bezahlt werden und fehlt an anderer Stelle. PPP ist die gesetzlich geschützte Form, Deutschland zu ruinieren Das ist die Erkenntnis aus der Finanzmarktkrise und dem erkennbaren Versagen der freien Marktwirtschaft .

IV. Die Gesellschaft "Partnerschaften Deutschland" muss weg !

Die von Tiefensee/Steinbrück gegründete gemischtwirtschaftliche Gesellschaft (PDG), 49,9% in privater Hand, dient dem Ziel die Anzahl von PPP Projekten in Deutschland zu steigern. Anstelle von "Amtshilfe" durch die PPP Task Forces soll nun dieses Beratungsunternehmen die Kommunen "unterstützen" . Die finanziellen Mittel -10 Millionen ? -Beteiligung am Stammkapital durch den Bund ist eine Beihilfe zugunsten eines gemischtwirtschaftlichen Unternehmens, das der Gewinnerzielungsabsicht dient. Diese Gesellschaft erhält dazu Ausschreibungsgewinne aus der laufenden Ausschreibung in unbekannter Höhe, Zuschüsse vom Bund, zunächst 2,4 Millionen ? für die "Grundlagenarbeit" . Die Gesellschaft wird ihrerseits Nachunternehmer Vergabe machen, um

Umsatz zu erzielen. Damit wird sie eine Einkaufsgemeinschaft, die ihrerseits Ihre "Beratungsware" wie Wärmedecken den Kommunen aufschwätzt. Mit Gewinn- versteht sich!; Ein Verstoß gegen das Kartellrecht! Das ist ein Skandal. Die politische Verantwortung dafür tragen Minister Tiefensee und Minister Steinbrück.

V. PPP ist mehr als der Generalangriff auf die öffentlichen Finanzen.

Herr Professor Sinn vom IFO-Institut hat den Finanzkollaps einen "anonymen Systemfehler" genannt. Kann es überzeugendere Warnung vor

D: Fazit:

Die Wahrheit ist: Die Geldmacher machen weiter. Das System zeichnet sich eben gerade dadurch aus, dass es unbegrenzt arbeiten kann, wenn man ihm keine Grenzen setzt.

Wir müssen uns jetzt darauf konzentrieren, diese Grenzen zu setzen.

Deshalb fordern Wir:

1. Die am Gemeinwohl orientierte Daseinsvorsorge darf nicht der Logik der Gewinnmaximierung folgen. Die Privatisierung von öffentlichen Einrichtungen, die der Daseinsvorsorge dienen, ist in Bund, Ländern und Gemeinden zu stoppen.

2. Die Tiefensee/Steinbrück - PPP Gesellschaft "Partnerschaften Deutschland " wird aufgelöst

3. Die PPP- Sondergesetze werden aufgehoben. Die Zusammenarbeit zwischen Öffentlich und Privat findet im Rahmen der Vorschriften statt, die für alle Geschäfte gelten.

4. Transparenz für alle PPP-Projekte, und zwar für alle bestehenden und die jeweils geplanten. Wir fordern ein bundesweites PPP-Register, in dem die beabsichtigten Projekte und ihre Finanzvolumina beschrieben, sowie die Laufzeiten, die Betreiber, die beteiligten Banken und Beraterfirmen benannt werden.

5. Wir fordern, dass bestehende PPP-Projekte durch die Rechnungshöfe auf die Wege der Rückabwicklung geprüft werden.

Das ist nicht leicht erreichbar, ich weiß es.

Aber jetzt, 10 Monate vor der Bundestagswahl, ist der richtige Zeitpunkt, das Bewußtsein der Menschen zu schärfen.

Wir brauchen keinen Untergrundkampf.- Wir brauchen Öffentlichkeit, wir brauchen eine breite Kampagne, die Tiefensee und Steinbrück entlarvt.

PPP geben, als die Erkenntnis dieses global renommierten Wissenschaftlers?

Herr Sinn gehört zu den wichtigsten Beratern der Bundesregierung. Sein Wort hat Gewicht. Die Medien verbreiten seine Botschaften. Und nun räumt Herr Sinn ein, dass wir es mit einem Finanzsystem zu tun haben, das anonymer Fehlsamkeit ausgeliefert ist. Danke Herr Professor! So offenherzig hat noch kein neoliberaler, wissenschaftlicher Büchsenspanner versucht, die kriminelle Energie in einer großen Branche als Betriebsunfall zu tarnen. Täterschutz nennt man das. Die Opfer haben ja schon Hartz IV!

Wer die Deutsche Bahn, den Anteil von 24,9% an "Investoren" für 3,5 Mrd. € verkaufen will, der bewertet die Bahn mit 14 Mrd. €.

Man kann nur fragen: Arzt oder Staatsanwalt. Auf jeden Fall gehören diese PPP-Apologeten nicht in die Bundesregierung. Der Börsengang und die geplante Teilprivatisierung der Bahn ist unverzüglich einzustellen.

PPP macht die Kommunen kaputt. Wer daran in der Regierung mitwirkt, hat dort nichts zu suchen!